

Leserbrief zum *Gastkommentar von Dirk Niepelt* (NZZ v. 17.08.2017)

[Manuskriptform]

Vollgeld ist liberal

In seinem „Gastkommentar“ zur Vollgeldinitiative empfiehlt Prof. Dirk Niepelt nicht zum ersten Mal als Alternative die Einführung von Vollgeld (Notenbankgeld) als ein von den Bankkunden „freiwillig“ wählbares Angebot. So bemerkenswert es ist, dass er damit dem Vollgeldkonzept einiges an Qualität attestiert, so wenig überzeugt sein Konzept. Als Mitglied des wissenschaftlichen Beirats der Vollgeld-Initiative und Mitautor des in mehrjähriger Arbeit sorgfältig entwickelten Initiativtextes (Art. 99 neu und 99a BV) möchte ich auf zwei Denkfehler in der vermeintlichen Alternative hinweisen:

Erstens übersieht oder übergeht Niepelt, dass gemäss Initiative nur die Sichtguthaben auf Zahlungsverkehrskonten (Kontokorrent, Privatkonto) zu Vollgeld („elektronischem Bargeld“) werden. Die Mittel auf den Spar- oder Anlagekonten werden weiterhin verzinst; sie stellen im Vollgeldsystem Darlehen an die kontoführende Bank dar. Die Kunden gewinnen gerade in diesem System eine echte Möglichkeit der Wahl und persönlichen Balance zwischen der Sicherheit von elektronischem Bargeld (auf risikolosen Transaktionskonten) und Zins (auf risikobehafteten Sparkonten), die sie so bisher nicht haben. Nach der Marktlogik müssten dann übrigens die Sparzinsen steigen. Vor allem aber: Dies *ist* bereits die „liberale Alternative“, welche Niepelt irrtümlich gegen die Vollgeldinitiative ins Feld führen zu müssen glaubt.

Zweitens verfehlt das von Niepelt propagierte Nebeneinander – und drohende Durcheinander – von Girogeld und Vollgeld einen der Hauptzwecke der Vollgeldreform: Die Reform löst das allein für Girokonten symptomatische *Bankrun*-Problem (und den entsprechenden Regulierungsbedarf!) von Finanzinstituten, die in eine Vertrauenskrise geraten; denn das Vollgeld (Notenbankgeld) auf den Transaktionskonten fällt nicht mehr in die Konkursmasse und muss daher nicht „gerettet“ werden. (Ein *Bankrun* auf fristgebundene Sparanlagen ist schon immer zwecklos.) Im Modell Niepelts verschärft sich hingegen das *Bankrun*-Problem, da dann plötzlich jedermann seine akut gefährdeten Sichtguthaben auf sichere Vollgeldkonten verschieben möchte, soweit er es bis dahin versäumt hat. Am Zwang der öffentlichen Hände, stolpernde Banken unter fast allen Umständen retten zu müssen, und an den dementsprechenden Fehlanreizen an die Bankleitungen würde sich somit nur wenig ändern.

Fazit: Das Vollgeldsystem bietet Sicherheit ebenso wie Wahlfreiheit für die Bankkunden und befreit die Steuerzahler aus der Geiselhaft für stolpernde Banken – aber nur wenn es konsequent verwirklicht wird.

Peter Ulrich, Prof. em. HSG (Gattikon)